



ANPACKEN.
FÜR UNSER LAND.

Antworten der SPD zum Fragenkatalog von Forum Umwelt und Entwicklung

Die SPD sieht die Ernährungssituation der Menschen in Entwicklungsländern wie im Aufruf des Forums Umwelt und Entwicklung dargestellt. Deshalb hat das SPD-geführte Entwicklungsministerium in der Bundesregierung umgehend auf die weltweite Hungerkrise reagiert.

Ein Bündel von strukturellen Ursachen ist hierfür verantwortlich: unter anderem Marktverzerrungen durch Agrarsubventionen und andere Handelsbedingungen innerhalb der WTO, die Folgen des Klimawandels, die gestiegene Produktion von Agrartreibstoffen, Landspekulationen, Naturkatastrophen und Kriege, Verarmung oder korrupte Regierungen in Entwicklungsländern. Mit dem Bundestagsbeschluss Hunger und Armut in Entwicklungsländern durch die Förderung von ländlicher Entwicklung nachhaltig bekämpfen (Bundestagsdrucksache 16/11053) setzen wir uns dafür ein, die strukturellen Ursachen von Hunger und Armut in Entwicklungsländern zu überwinden, ihnen eine faire Teilhabe am Welthandel zu ermöglichen und die ländliche Entwicklung in den Partnerländern des Südens durch multi- und bilaterale Entwicklungszusammenarbeit intensiver als bisher zu fördern.

Auch in der kommenden Legislatur will die SPD verantwortlich dazu beitragen, das Recht auf Nahrung als Menschenrecht zu gewährleisten und die Zahl der Hungernden zu halbieren. Mit dieser und anderen wichtigen entwicklungspolitischen Aussagen im SPD-Regierungsprogramm wollen wir unsere erfolgreiche Entwicklungspolitik fortsetzen.

Wir unterstützen daher die Forderungen des Aufrufs an die künftige Bundesregierung:

- zu 1) *Die Bundesregierung muss dafür Sorge tragen, dass der Flächenanspruch für Futtermittel, Agrartreibstoffe und nachwachsende Rohstoffe in Drittländern nicht zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion geht.*

Das Regierungsprogramm der SPD legt hierzu ausdrücklich fest:

14. Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft

- Für eine kooperative Energie- und Ressourcenpolitik.
..... Die Herstellung von Agrartreibstoffen darf die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht gefährden. Hierzu benötigen wir verbindliche Nachhaltigkeitsstandards und effektive Zertifizierungssysteme. (S. 84)
- Mehr Geld für Entwicklung.
Wir stehen zu unserer Zusage, bis 2010 0,51 Prozent und bis 2015 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die weltweite Bekämpfung von Armut und Hunger zur Verfügung zu stellen. Ein Teil des Aufkommens aus der Versteigerung von CO₂-

Verschmutzungsrechten soll für die Armutsbekämpfung und den internationalen Klimaschutz eingesetzt werden. (S. 84)

zu 2) *Die Bundesregierung muss darauf hinwirken, dass die EU ihre Agrarexportsubventionen sofort vollständig abbaut. Alle anderen Formen der Unterstützung ihrer Landwirtschaft sind so zu gestalten, dass sie nicht zum Export zu Preisen unterhalb der Erzeugungskosten führen, und eine bäuerliche, ökologische und klimafreundliche Landwirtschaft in Europa gestärkt wird.*

Im Regierungsprogramm der SPD stehen dazu folgende Aussagen:

14. Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft

- Freier und fairer Welthandel.
..... Im Rahmen der WTO-Entwicklungsrunde muss den armen Ländern eine bessere Teilhabe am Welthandel ermöglicht und die Agrarexportsubventionen müssen beendet werden. (S. 82)
- Millenniums-Entwicklungsziele erreichen.
..... Im Rahmen unserer Entwicklungspolitik werden wir mehr in die ländliche Entwicklung, in den Klimaschutz, in die Anpassung an den Klimawandel und in Erneuerbare Energien investieren. (S. 85)

11. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Umwelt und Natur - Chance für die ländlichen Räume

- Neue Ausrichtung in der Landwirtschaftspolitik.
.....In der EU wollen wir weg von der Subventionspolitik landwirtschaftlicher Produktion mit der Gießkanne und hin zu einer Umwidmung dieser Mittel für die Unterstützung der Entwicklung ländlicher Regionen und die Erbringung gesellschaftlich gewünschter Leistungen wie Gewässerschutz, Offenhaltung der Kulturlandschaften und Sicherung der Erholungsräume. Wir sind für klare Leitplanken zur nachhaltigen natur- und umweltschonenden Produktion. Wir wollen die biologische Vielfalt erhalten, Böden und Wasser schützen. Die Landwirtschaft muss mehr zum Klimaschutz beitragen; dabei wollen wir sie unterstützen. (S. 75)

zu 3) *Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass den armen Ländern der Spielraum eingeräumt wird, durch den Außenschutz einschließlich spezieller Schutzmaßnahmen das Recht auf Nahrung zu schützen und zu fördern und die Existenzgrundlagen von armen Bauern zu sichern.*

Im Regierungsprogramm der SPD stehen dazu folgende Aussagen:

14. Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft

Die Globalisierung der Märkte verlangt nach politischer Globalisierung, nach gemeinsamer politischer Gestaltung und fairen Regeln.Deshalb setzen wir uns für eine globale Strukturpolitik ein.

Unsere besondere Aufmerksamkeit muss dabei den Ärmsten gelten: Finanz-, Wirtschafts- und Ressourcenkrisen dürfen nicht auf den Schultern der Schwachen abgeladen werden. Globale Solidarität und der Kampf gegen die Armut haben für uns höchste Priorität. Deshalb wollen wir unser entwicklungspolitisches Engagement verstärken:

- Freier und fairer Welthandel.
..... Im Rahmen der WTO-Entwicklungsrunde muss den armen Ländern eine bessere Teilhabe am Welthandel ermöglicht und die Agrarexportsubventionen müssen beendet werden. (S. 82)

In etlichen Bundestagsbeschlüssen ist auf sozialdemokratische Initiative festgelegt worden, dass Entwicklungsländern in Handelsvereinbarungen Schutzmaßnahmen für ihre Wirtschaft und natürlich auch die Landwirtschaft eingeräumt werden müssen.

Hier als Beispiel Auszüge aus den Forderungen im Antrag ‚Entwicklungsorientierte Wirtschaftspartnerschaften zwischen der EU und den AKP-Staaten – Chance für politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität‘ (Bundestagsdrucksache 16/7487)

- 4. Die AKP-Staaten müssen sensible Produkte von der Liberalisierung ausnehmen können. Den Entwicklungsländern sind angemessene Schutzmöglichkeiten für ihre Ernährungssicherheit und für die im Aufbau befindlichen Dienstleistungs- und Industriezweige zu gewähren.
- 5. Handelsverzerrende Maßnahmen der EU, die den Aufbau des Handels zwischen der EU und den AKP-Staaten behindern, müssen abgebaut werden und den AKP-Staaten im Falle des Exportdumping Schutzmöglichkeiten gegenüber exportsubventionierten Waren aus der EU eingeräumt werden. Es muss sichergestellt werden, dass die AKP-Staaten im Rahmen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen die Einfuhr von Waren, für die die EU Exportsubventionen leistet, nicht liberalisieren müssen. Ziel sollte es sein, möglichst schnell den quoten- und zollfreien Marktzugang für alle AKP-Staaten zu ermöglichen.